

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Verlag Heinrich Jahrenbrach, Düsseldorf, Post 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand J. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die Idee der Generalausperrung

hat der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie, Dr. Klauke-Berlin in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes propagiert. Seine Berechnung ist folgende: Je größer der Kampf, desto größer sind die Opfer der Arbeiter, desto stärker wird die Gewerkschaft finanziell belastet und umso schwächer ist die Widerstandskraft derselben.

Was bisher als eine tolle Idee der klassenkämpferischen Sozialdemokratie galt, geht heute bei den Scharfmachern im Unternehmerlager wieder um: Die Idee der Generalausperrung.

Dieselben Textilfabrikanten, die ihren Arbeitern angeblich wegen schlechter Verdienste nicht auskömmliche Löhne zahlen, wollen hunderttausende Mark besteuern, zum Niederringen der Arbeiter. Eine Anzahl führender Unternehmer in den Kreisen der Großindustriellen des Textilgewerbes sind besetzt von einer tiefgehenden Feindschaft gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Man will die Arbeiterverbände wieder zu Boden ringen, die unumschränkte Herrschaft des Unternehmers über den Arbeitsvertrag wieder aufrichten, den Arbeiter wieder in die vollständige Abhängigkeit von der Gnade und Ungnade des Unternehmers zwingen. Dann wäre dem weiteren Aufstieg des Arbeiters zu höherer materieller Kultur ein Halt gesetzt, ja, der Unternehmer könnte mit Bechtigkeit die Kurve der Lebenshaltung der Arbeiter wieder tief heruntertreiben. Darauf ist der Inhalt des Rundschreibens von Dr. Klauke vom 3. Juni 1922 abgerichtet.

Das Scharfmachertum im Unternehmerlager will zur Erreichung der hier angeführten Zwecke

Die Arbeiterorganisationen zu Krüppeln schlagen.

Die Vorgänge der letzten Wochen im deutschen Wirtschaftsleben bilden eine ernste gewerkschaftliche Predigt für jeden Arbeiter, der seine Interessen und sein Recht nicht wie ein wertloses Spielzeug preisgeben will. Mit aller Wucht und Raffinesse führen die Scharfmacher im Unternehmerlager einen Kampf gegen die materiellen und ideellen Güter des Arbeiterstandes. Diese Dingen müssen wir kühn ins Auge sehen. Sie brauchen uns wahrhaftig nicht scheu zu machen. Nein, im Gegenteil. Sie sind ein sicherer Beweis dafür, daß wir Arbeiter eine imponierende und gefürchtete Macht geworden sind und daß wir schon einen guten Teil unserer gerechten Forderungen haben durchsetzen können.

Die Unternehmer haben schon vielfach Wasser in ihren Wein gießen müssen. Schon mancher Scharfmacherplan ist bereits zerschanden geworden. Aber:

Was wird uns die Zukunft bringen?

Auf Seiten der Unternehmer wird weiter gerüstet werden. Und was tun wir Arbeiter? Einmal alle Arbeiter und Arbeiterinnen aufklären über die Pläne, die im Arbeitgeberlager umgehen. Wir haben die Arbeitermassen zu erziehen zur

Solidarität und Kampfbereitschaft.

Wir müssen opferwillig sein. Die Gewerkschaftskämpfe werden immer größere Summen Geldes verschlingen. Diesen Tatsachen müssen wir uns gewachsen zeigen. Ein armseliger Gefelle der Arbeiter, der bei diesem entscheidenden Schlage mutlos und feige die Fahne verlassen wollte. Unverantwortlich die Handlungsweise jener Mitglieder, die sich an Camalung oder Extrabetragvorbeidrücken. Es ist eine selbstverständliche Entwicklung der Dinge, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe an Umfang ins Ungeheure wachsen. Immer größere Massen werden in den Kampf geführt, immer breiter wird die Grundlage des Kampfes. Darum muß auch dem Verbands gegeben werden, was er zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder braucht. Alle Mitglieder sollten

ernstlich bedenken, was auf dem Spiele steht. Durch Opferwilligkeit sollten sie zeigen, daß sie entschlossen sind, im gegebenen Moment

den Scharfmacherplänen die Stirne zu bieten.

Die Freiheit, die sie meinen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle ihm angeschlossenen Organisationen haben im Laufe der vergangenen Wochen die ruchlose Mordtat an unserm Außenminister Dr. Rathenau durch öffentliche Rundgebungen schärfstens verurteilt. Es wurden in allen diesen Veranstaltungen strikte Maßnahmen zum Schutze der Deutschen Republik gefordert. Fast das ganze Volk erhob sich wie ein Mann gegen die Putschisten und Volkshenker von rechts. Die Rathenau-Gedächtnisfeier nahmen im ganzen Reich einen würdigen und eindrucksvollen Verlauf. Die Rundgebungen waren eines Mannes wie Rathenau, dem die Ehre und das Ansehen seines Landes höchstes Gesetz und jedes Opfer wert war, in jeder Beziehung würdig.

Nun ist aber mit dem größten Bedauern festzustellen, daß das von Rathenau eingeleitete Werk zu einem großen Teile wieder illusorisch gemacht worden ist durch eine von den drei sozialistischen Parteien im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) beschlossene Demonstration für Dienstag, den 4. Juli. Es sollte eine Kundgebung für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik sein. In Wirklichkeit hat aber diese sozialistische Demonstration im ganzen Deutschen Reich während und nach ihrem Verlauf Gewalttate und einen Terror gezeitigt, der in seiner Unerhörtheit nur von den dunkelsten Tagen der Revolutionenszeit übertroffen wird. Die Tageszeitungen konnten aus allen Teilen Deutschlands über sozialistische Terrorakte widerlichster Art berichten. In vielen Städten und Gemeinden ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine große Zahl Menschenleben sind dabei ungetötet und noch viel größer ist die Zahl der Verletzten.

War schon die Rathenau-Gedächtnis-Demonstration mit der erzwungenen Arbeitseinstellung und der brutalen Geschäftsstillsetzung eine Handlung, die in ihren Folgeerscheinungen durchaus nicht dem Handeln und Wollen Rathenaus entsprach, so war aber die für den 4. Juli „befohlene“ Demonstration eine noch größere Sünde am deutschen Volkswirtschaftskörper. Nach oberflächlicher Schätzung von Sachverständigen sind am 4. Juli durch die halbtägige Arbeitsruhe der Volkswirtschaft 150 Millionen Mark entzogen worden. Außerdem: die Folgen des Rathenau-Mordes war ein Steigen des amerikanischen Dollars. Wenn er aber jetzt die geradezu beängstigende Höhe von bald 500 erreicht hat, dann ist das zu einem sehr großen Teile auf die sozialistische Demonstration vom 4. Juli bezug. auf die Begleiterscheinungen dieser „Demonstration“ zurückzuführen.

Aus dem heutigen deutschen Glend kommen wir einzig und allein durch politische und wirtschaftliche Vernunft heraus. Der Gewaltgeist im Inneren Deutschlands niedergerungen. Das Fortgehen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften mit ihren fortgesetzten Streikdemonstrationen und Arbeitsniederlegungen ist eine durch nichts zu rechtfertigende Maßnahme. Es ist gar nichts anderes als wie das Fortgehen der sozialdemokratischen Parteiforderungen mit Mitteln gewerkschaftlicher Art durchzusetzen. Das müssen wir ein für allemal mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die letzten gewerkschaftlichen Mittel sind uns viel zu schade, um ihre Wirkungen abzuwachen zu lassen durch solches Vorgehen und die Klust im Innern Deutschlands noch zu verschärfen.

Wir befinden uns da in voller Uebereinstimmung mit dem Hauptorgan der Mehrheitssozialisten, dem Berliner „Vorwärts“. In einem mit „Gegen die Zerstörer!“ überschriebenen Leitartikel in der Nr. 210 vom 5. Mai 1922 schrieb dieser wörtlich:

„Früher eine unheilbringende Waffe, steht der politische Streik heute in Gefahr, in den Augen der Kapitalisten sich zu einem häßlichen Holzweiser zu verwandeln. Das ist eine Erscheinung, die jedem Sozialdemokraten in tiefster Seele Schmerz bereiten muß. Es kommt nicht nur darauf an, ob ein solcher Streik im Augenblick ohne besondere Zwischenfälle“ glatt verläuft, sondern man muß seine Fernwirkung im Auge behalten. Die politischen Lehren der Taktik der Generalstreikpropagandisten sind bisher aber nichts weniger als erfreulich.“

Der „Vorwärts“ beipflichtet dann diese Lehren und weist im einzelnen nach, wie trotz oder gerade infolge der Generalstreikpropaganda in Berlin, in Sachsen und in Braunschweig die sozialistische Mehrheit in eine Widerheit verwandelt worden sei. Der „Vorwärts“ ist bis jetzt ein einsamer Rufer in der Wüste geblieben. Auch am 4. Juli haben die Kreise um den „Vorwärts“ der Diktatur der Straße wiederum Zugeständnisse gemacht. Wir bestreiten keinem Menschen und keiner Organisation das Recht, soviel zu demonstrieren, wie immer sie wollen, aber das eigene Recht darf nicht zur Vergewaltigung anderer führen! Was ist das denn für eine Demokratie, die für

sich alle Freiheiten in Anspruch nimmt, andern aber selbst das geringste Maß persönlicher Freiheit verwehrt? Welche Volkskreise danken mit Recht für eine solche Demokratie, die einen Vorgeschmack an der Diktatur oder Straße gab. Haben wir denn eine demokratische Republik oder ein sozialistisches Staatswesen?

In Düsseldorf versuchte ein Trupp der sozialistischen Demonstranten, die Büroräume der christlichen Gewerkschaften in der Luisenstraße zu stürmen. Die Gewerkschaftssekretäre wollten man die Treppen hinunterwerfen. Da diese sich entschieden zur Wehr setzten, zogen die Sozialisten schließlich ab, nachdem man vorher einen alleinstehenden Büro angewandten Sekretär mißhandelt und eine größere Fensterscheibe zertrümmert hatte. Eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund angelegte Versammlung mußte vertagt werden, um weitere Tätlichkeiten zu verhüten. Mit Recht wurde dabei festgestellt, daß besser wie jede Rede solche Art Demonstration für den Zusammenschluß aller auf Freiheit, Recht und Ordnung haltenden Arbeiter und Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund werden würde.

So demonstriert man für eine Republik, wie jene Kreise sie wünschen! So sieht die Diktatur des Proletariats aus, vor der uns der Himmel bewahren möge! Nicht aus Sympathie für diejenigen, die da glauben, ihre republikanische Gesinnung durch Nichtstun dokumentieren zu müssen, sondern lediglich aus Furcht vor der Diktatur der wilden aufgehetzten Masse haben sich die Geschäftshäuser, die Ladeninhaber und die privaten Büros gezwungen, ihre Räumlichkeiten zu schließen, um so die Möglichkeit zu nehmen, ihrem gemeinen Treiben obzuliegen. Wer es wagte, in seinen Räumen zu arbeiten oder arbeiten zu lassen, dem drang der wilde Mob ins Haus und erzwang die Arbeitseinstellung. Das ist die Freiheit, die sie meinen! Und das soll demokratisch und republikanisch sein? Wir danken für eine Republik, für die die mit brutaler Gewalt und gemeiner Saurei demonstriert wird! Noch einige Demonstrationen von der Art wie die am 4. Juli, und die republikanische Gesinnung ist dem letzten demokratisch gesonnenen Deutschen ein Schick!

Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen geht eine Drahtnachricht durch die Tagespresse, wonach die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften beschloffen haben sollen, am Dienstag, den 11. Juli, wiederum einen allgemeinen Generalstreik, der sich über ganz Deutschland erstrecken soll, wegen der Teuerung stattdessen zu lassen. Demnach scheinen die Sozialisten aller Schattierungen für die Zukunft den Dienstag jeder Woche zu einem obligatorischen Demonstrationstag machen zu wollen. Oder will man mit diesen unausgeheilten politischen Streiks etwa die Truppen im sozialistisch-kommunistischen Lager einereizten für eine neue Revolution mit dem Ziele der Errichtung einer Diktatur des Proletariats? In diesem Falle können uns nur jene gedankenlosen Mittläufer leid tun, die da meinen, diese Demonstrationen hätten nur den Zweck, die deutsche Republik zu schützen. Diese Leute wollen die Beschäler der deutschen Republik sein? Bringen sie dieselbe aber nicht gerade so gut in Gefahr als wie jene Rechtsputzschichten, die die führenden Männer der deutschen Republik schmähten und am Leben hielten? So manche Anzeichen deuten darauf hin, daß wir in Deutschland letzten Endes womöglich doch noch durch das Rote Meer hindurch müssen. So schmerzvoll diese Tatsache an sich wäre, das Gute würde sie aber zur Folge haben, daß sie beweisen würde, daß die Schreier im radikalen Lager zu einer wirklichen politischen Arbeit zum Wohle des deutschen Volkes vollständig unfähig sind. Nichts kann in der Welt das Ansehen der deutschen Republik schwerer schädigen als wie diese unausgeheilte Demonstrationen- und Generalstreikbewegung an sich und ihren verwilderten Auswüchsen. Jeder einsichtige und verantwortungsbewußte Mensch muß das Bestreben der Regierung tatkräftig unterstützen, das innerpolitische und wirtschaftliche Leben Deutschlands wieder zur Ruhe kommen zu lassen. Mit politischen Streiks und Putzjagen wird unsere Lage nicht gebessert. Uns kann nur Rettung bringen eine Umstellung der Gesinnung im Sinne christlichen Denkens. In diesem Sinne hat der deutsche Reichskanzler Dr. Wirth bei der Gedächtnisfeier für Rathenau im Reichstag gesprochen. In ähnlichem Sinne schließt der Führer der deutschen Volkspartei, Stresemann, seine Abhandlung über die politische Lage, indem er schreibt: „Die Regierung schlägt Maßnahmen vor zum Schutze der Republik. Sie wird sich darüber klar sein, daß das nur ein Hilfsmittel für Zeit sein kann. Man kann Bewegungen und Krankheitserscheinungen in einem Volke nicht mit Polizeimaßnahmen bekämpfen. Die Spuren sollten in dieser Beziehung gerade die Sozialdemokratie schießen. Was wir brauchen ist eine Beendigung der gegenseitigen Zerfleischung der Parteien und der Verhinderung der Personen, die sich in den Dienst der deutschen Politik stellen. Was wir brauchen ist ein vertrauensvolles Zusammenwirken aller auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien und Richtungen gegen alle Extremen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.“ Handeln wir in den christlichen Gewerkschaften nach diesen goldenen Worten, dann leisten wir der deutschen Volksgemeinschaft den wertvollsten Dienst.

Kampfesmut und Arbeiterstolz

den ja auch im vorigen Jahre wegen der Amlage bezw. des Getreidepreises im Vorwärts den Genossen aufgetischt, obwohl von Arbeitnehmerseite nur Genossen den Getreidepreis in der Unterkommision errechnet hatten. Derartige Verdächtigungen hängt man einfach niedriger. Das Prinzip mancher Genossen scheint eben zu sein: Verdächtige drauf los, es bleibt immer was hängen.

Indexziffer im Monat Juni 3779.

Die nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über den Aufwand für Ernährungen, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indexziffer für Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 3779 gestiegen, gegenüber 3462 dem Monat Mai. Die Steigerung beträgt demnach 9,2 gegen 9,0 Prozent vom April und Mai. Die Ernährungskosten erhöhten sich in ungefährem gleichen Maße wie die Gesamtausgaben (um 9,4 Prozent). Die Indexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 5119. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preiserhöhungen für Nahrungsmittel, Fleisch, Fette, Zucker, Eier und Milch verursacht. Auch Brennstoffe sowie Gas und Elektrizität sind überall teurer geworden. Andererseits haben sich die im Vormonat stark im Preise gestiegenen Kartoffeln (alter Ernte) in der Berichtszeit überall wesentlich verbilligt. Die wesentlichen Preissteigerungen infolge der neuen Valutaverschlechterung kam für Juni noch nicht zum Ausbruch. In den mittleren und kleineren Städten zeigt sich diesmal meist ein größerer Fortschritt der Teuerung als in den Großstädten.

Die rückständige Arbeitslohnung aus der Zeit der englischen Kriegsgefangenschaft

haben zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene noch nicht erhalten. Am Interesse der Anspruchsberechtigten hat sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, Berlin NW. 18, der Reichstagsabgeordnete Thiel, mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt. Ueber die Gründe, die die Auszahlung seither unmöglich machten, äußert sich das Reichsfinanzministerium in seinem Schreiben an Herrn Thiel wie folgt:

Die Auszahlungen für rückständige englische Arbeitslohnung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener konnten erst nach Eingang der von der englischen Regierung aufgestellten Guthabenlisten erfolgen. Diese Listen trafen ein, nachdem die Heimkehrer bereits aus der Gefangenschaft zurück waren. Aus diesen Listen allein ist zu ersehen, welcher Beitrag an rückständiger Arbeitslohnung, Postgeld usw. jedem einzelnen Heimkehrer zusteht. Sie bilden daher die einzige Unterlage zur Auszahlung dieser Gelder. Vor Eingang der englischen Listen war es nur möglich, den Heimkehrern auf Grund der von ihnen angemeldeten diesbezüglichen Forderungen Vorschüsse bis zu 100 M. aus Reichsmitteln zu zahlen, sofern glaubhaft gemacht werden konnte, daß ein Anspruch bis zu dieser Höhe bestand.

Die Auszahlungen nach den englischen Listen sind bereits seit Monaten im Gange, erfolgen durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW. 68, Schützenstraße 3, und zwar zu dem Kurse des Tages, an dem die Heimkehrer das Durchgangslager passierten, stufen aber infolge der Schwierigkeiten, als die Heimatsanschriften der Empfangsberechtigten in den englischen Listen fehlen und diese erst ermittelt werden müssen.

Hieraus wäre es also dringend erwünscht, daß die Anspruchsberechtigten unter Einwendung ihrer Ausweise sich ihrerseits mit der genannten Hauptkasse in Verbindung setzen.

Die Wertschätzung über die letzte Lohnverhöhung im Kohlenbergbau.

Schon seit längerer Zeit werden über Lohnforderungen der Bergleute die tollsten Gerüchte verbreitet. Es gibt immer noch Leute, die in der gegenwärtigen aufereiten Zeit neue Unruhe in das Volk hineintragen möchten. Deshalb wird eine objektive Mitteilung über die letzten Lohnveränderungen sehr am Platze sein.

Am 28. Juni fanden bekanntlich in Berlin neue Lohnverhandlungen auf Grund neuer Forderungen der Bergarbeiterverbände statt. Bei dieser Verhandlung wurde eine durchschnittliche Lohnverhöhung für das Ruhrrevier ab 1. Juli von 30,- M. pro Schicht erzielt. Für die Ruhrbergleute ist also seit dem 16. Juni folgende Lohnaufbesserung eingetreten:

Ab 16. Juni 25,- M. pro Schicht, ferner vom 1. Juli an die bereits durch Schiedspruch festgesetzte Lohnverhöhung von 10,- M. und dazu bis am 28. Juni vereinbarte Lohnaufbesserung von 30,- M. pro Schicht; ferner eine Gesamtlohnverhöhung ab 16. Juni von durchschnittlich 65,- M. pro Mann und Schicht in Betracht kommt. Am 3. Juli wurde im Bergarbeiterverband über die Lohnverteilung beraten. Es wurde für die über 20 Jahre alten Arbeiter eine Lohnverhöhung von 70,- M. festgesetzt.

In den übrigen Kohlenrevieren wurde eine ähnliche Lohnregelung wie für das Ruhrrevier getroffen. Damit ist der Lohn der Bergarbeiter so erhöht, daß eine weitere Abwanderung von Arbeitern aus dem Bergbau vermieden wird und eine Steigerung der Kohlenproduktion noch erwartet werden kann.

Festsetzung der Textilpreise.

Darüber berichtet „Der Deutsche“: Die Teuerungstatistik in Deutschland ist ein sehr schwieriges und in seiner bisherigen Durchführung vielfach angegriffenes Problem. Schon die Festsetzung der Preise, die als Grundlage für die Errechnung der Teuerungszahlen dient, ist ein umständliches und verantwortungsvolles Verfahren, bei dem es sich darum handelt, wirkliche Durchschnittspreise festzustellen, was trotz der zahlreichen Festsetzungscommissionen und der Mitarbeit städtischer statistischer Ämter gar nicht einfach ist.

Neuerdings geht man nun daran, auch die Textilpreise in die amtliche Teuerungstatistik hineinzuarbeiten, während bisher die deutschen Indexziffern nur Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung enthielten. Die Feststellung von Preisen für durchschnittliche Textilien ist natürlich noch schwieriger als etwa die Feststellung von Butter- und Gemüsepreisen. Umso bedauerlicher ist es, daß einzelne Verbände der Textilbranche anscheinend eine wirklichkeitsgetreue Statistik bewußt verhindern wollen.

Uns liegt ein Rundschreiben eines Reichsverbandes aus der Konfektion vor, das den Untergruppen und einzelnen Mitgliedern des Verbandes Richtlinien vorschreibt für den Fall, daß die statistischen Ämter bezw. Gemeindebehörden in den einzelnen Geschäften Preisfeststellungen machen, und zwar unter Hinweis darauf, daß die statistische Bearbeitung dieser Zahlenangaben zweifellos große Gefahren für unsere Branche enthalten. Um ungefähr einheitliche Preise für die Statistik herzustellen, muß man die Reichsindexziffer zugrunde legen und dann einfach die Preise von 1914 mit der Reichsindexziffer multiplizieren, d. h. also: nicht die wirklich gezahlten Preise für Textilien werden angegeben, sondern es wird ein Friedensgrundpreis jeweils mit 50 oder 60, je nach dem Stand der Großhandelsindexziffer, multipliziert. Dadurch wird einfach verhindert, daß man aus der Statistik etwa feststellen kann, ob Textilien ausnahmsweise stark oder vielleicht verhältnismäßig gering gestiegen sind, im Vergleich zu anderen Artikeln. Kommt diese Methode zur Anwendung, so wird der Eindruck erweckt, als wenn Textilien eben entsprechend der allgemeinen Geldentwertung, wie sie im Durchschnitt der Preise für Nichttextilien sich ausdrückt, gestiegen wären. In Wirklichkeit ist es bekanntlich ein bischen anders.

Da in dem Rundschreiben die einzelnen Geschäftsinhaber aufgefordert werden, unter keinen Umständen Preise anzugeben, bevor man sich mit der Geschäftsstelle des betreffenden Verbandes in Verbindung gesetzt hat, dürfte es dem Statistischen Reichsamte schwer fallen, überhaupt der Wirklichkeit entsprechende Textilpreise zu erhalten. Die Preisfeststellung für Textilien ist bei der Vielgestaltigkeit der Qualitäten schon an sich sehr erschwert, sie wird unmöglich, wenn einzelne Verbände daran gehen sollten, das Quellenmaterial bewußt zu verfälschen.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Befugnisse der Betriebsräte.

Bei einer Firma in der bergischen Textilindustrie trat ein Teil der Belegschaft in Streik, weil die Firma sich geweigert hatte, eine Betriebsratsitzung während der Arbeitszeit abzuhalten. Selbst von Seiten der Gewerkschaften wurde dieser Streik als „wilder“ bezeichnet. Die Einigungsverhandlungen scheiterten nach mehreren Stunden an der Forderung des Betriebsrates, ihm grundsätzlich eine Betriebsratsitzung im Monat während der Arbeitszeit zuzugestehen. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebervertretern selbstverständlich abgelehnt und eine Entziehung des Gewerbeaufsichtsamtes eingeholt, die das Verlangen des Betriebsrates als ungesetzlich bezeichnete. Es heißt in den Ausführungen des Gewerbeaufsichtsamtes u. a.:

Aus § 30 des Betriebsrätegesetzes geht hervor, daß nur in dringenden Fällen Betriebsratsitzungen während der Arbeitszeit stattfinden können. Daraus folgt, daß das Verlangen des Betriebsrates, vorher in regelmäßigen Zwischenräumen Sitzungen während der Arbeitszeit festzulegen, unberechtigt ist. Ebenso ist es widerrechtlich, längere Zeit vorher Sitzungen während der Arbeitszeit festzulegen, die nur in dringenden Fällen stattfinden sollen.

Nach einigen weiteren Tagen des Streiks ließ dann der Betriebsrat seine ungezügliche Forderung fallen.

Aus unserer Industrie.

Beilegung des Konflikts zwischen den Wollwebern und ihren Arbeitgebern.

Die Verhandlungen zwischen der Konventionsgemeinschaft der Wollweberverbände einerseits und den Verbänden des Einzel- und Großhandels andererseits haben am 1. Juli zu einer Verständigung geführt. Die Konventionsgemeinschaft der Wollweberverbände hat nachgegeben und auf den unbegrenzten Preisvorbehalt verzichtet. Der Preisvorbehalt beträgt generell nicht mehr als 20 Proz. auch für solche Aufträge, die eine Lieferzeit von mehr als drei Monaten umfassen. Die Regelung gilt für Aufträge, die vom 1. Juli 1921 erteilt werden. Der Reichsverband des Textil-Einzelhandels hat daraufhin beschlossen, gemeinsam mit den übrigen Abnehmergemeinschaften, die von ihm angekündigte Auftrags- und Musterperre mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Gleichzeitig ist ihren Mitgliedern durch Verbandsbeschluss verboten worden, beim Einkauf von Erzeugnissen der Wollwebererei einen 20 Prozent überschreitenden Preisvorbehalt anzuerkennen.

Wettbewerb des Auslandes in der Baumwollindustrie.

Der Wettbewerb elassischer, schweizerischer und englischer Baumwollgewebe und Garne auf dem deutschen Inlandmarkt hat sich in den letzten Wochen in verstärktem Maße bemerkbar gemacht, da das Ausland angesichts der unbefriedigenden Geschäftslage große Anstrengungen macht, ihre Waren vielfach wohl auch ohne Gewinn in Deutschland abzusetzen. Die deutschen Abnehmer haben von den ausländischen Angeboten dann Gebrauch gemacht, wenn die Preisstellung günstiger war. Vielfach trug auch der Umstand, daß das Ausland schnell lieferbare Ware zu festen Preisen anbieten vermochte, dazu bei, das Geschäft zu erweitern, während die deutschen Hersteller sich durchweg Vorbehaltsklauseln, gleitende Preise und freibleibende Liefertermine verlangen. Der erstarbte Auslandswettbewerb ist auch der Anstoß zu der vor kurzem erfolgten Herabsetzung der Preise für baumwollene Käufchen gewesen, die um etwa 5 M. gegenüber der letzten Preisliste vom 27. März nach dem deutschen Maßstab vorgenommen worden ist.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Sozialdemokratischer Terror in Oberösterreich.

In Traun und Wels in Oberösterreich waren 30 Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zum christlichen Textilarbeiterverbande Oesterreichs übergetreten. Die Übergetretenen, die alle christlich gesinnt sind, waren bis zu ihrem Uebertritt Zwangsmitglieder der sozialdemokratischen Organisation. Sie wollten nun endlich mit ihren Bekannungsfreunden zusammen in einer christlichen Gewerkschaft vereinigt sein. Die Sozialdemokraten suchten das mit allen Mitteln zu verhindern. Schließlich schreckten sie nicht einmal vor dem Verstoß, vor der Proklamierung der christlich organisierten zurück. Es wurde diesen von den Betriebsräten die Arbeitsaufnahme verweigert mit dem Hinweis, daß sie nur dann ihre Arbeitsstätte wieder betreten könnten, wenn sie zur sozialdemokratischen Organisation zurückkehrten. Schon wochenlang sind die Terrorisierten ohne Arbeit und Verdienstmöglichkeit. Die Angelegenheit ist bei den zuständigen Gerichten anhängig gemacht.

Dieser Vorgang ist nicht nur eine Verletzung der Vereinigungsfreiheit der Arbeiterschaft, sondern auch eine Uebertretung des Betriebsrätegesetzes. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation muß ein unantastbares Gut für jeden Staatsbürger bleiben. Wer jemand in eine Organisation mit Gewalt oder Drohung hineinpreßt, macht sich eines schwereren Vergehens schuldig. Nach uns zugegangenen Mitteilungen haben es die maßgeblichen Regierungsstellen an jedweden Schutz für die Terrorisierten fehlen lassen. Das ist uns umso unverständlicher, als in Oesterreich gerade die Christlich-Sozialen in der Regierung ausschlaggebend sind. Unsere Kollegen vom österreichischen Bruderverband müssen deswegen die Regierung ganz rücksichtslos auf ihre Pflichten hinweisen.

Aus unserer Bewegung.

Kaustlänge zum Textilmesserkstreik im rechtsrheinischen Bezirk.

Die Barmer Bezirksleitung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hatte eigentlich nicht die Absicht, öffentlich zu dem zurückliegenden Textilmesserkstreik Stellung zu nehmen, weil dieser nämlich kein Ruhmesblatt in der gewerkschaftlichen Geschichte der Meister bedeutet. Ein Artikel in Nr. 20 der „Deutschen Werkmeisterzeitung“, welcher uns jetzt erst zu Gesicht kommt, zwingt uns jedoch dazu.

Der Artikelschreiber ist ein Meister darin, Aufgaben unrichtig oder verkehrt wiederzugeben. Andere wichtige Dinge, die ausschlaggebend sind, einfach zu verschweigen. Aus diesem Grunde wollen wir den Werdegang dieses traurigen Kapitels einmal chronologisch aneinanderreihen.

Schon im Jahre 1919 wurde im ersten Textilarbeiter für den rechtsrheinischen Bezirk eine Sondervereinbarung für die Meister geschaffen, die ihrem Wesen nach nicht als Angestelltenvertrag betrachtet sind. Dieses bezog sich zunächst nur auf die Gehaltsfrage. Bei jeder Tarifverhandlung ist durch die Arbeitnehmerorganisationen versucht worden, die Positionen der Meister zu verbessern. Im Laufe des Jahres 1920 wurde die Meisterfrage immer mehr in den Vordergrund geschoben und zeigte auch die Meistererschaft selbst mehr Interesse für die Verbesserung ihrer Lage.

Am Juni 1921 wurde eine Vereinbarung mit dem Werkmeisterverband getroffen, einen besonderen Meistertarif zu schaffen. Bei dieser Vereinbarung wurde von unserer Bezirksleitung darauf hingewiesen, daß der Sondermeistertarif keineswegs als Agitationsmoment für den Werkmeisterverband dienen dürfe. Dem wurde von Seiten des Werkmeisterverbandes durch Herrn Stegmaier zugestimmt und festgestellt, daß nur die Meister zum Werkmeisterverband gehören, die dem Wesen ihrer Beschäftigung nach als Angestellte anzusehen sind. So wurde in großer Einmütigkeit (und nicht wie es in dem Artikel heißt: „trotz aller dieser Quertreibereien“) am 28. Juli 1921 ein besonderer Tarifvertrag für die Meister der Textilindustrie abgeschlossen. An dem Abschluß waren laut Protokoll beteiligt die Arbeitgeber der rechtsrheinischen Arbeitsgemeinschaft, der Deutsche und christliche Textilarbeiterverband, der Deutsche Werkmeisterverband, sowie der Deutsche Werkmeisterbund.

Gleich nach Tarifabschluss bei der Unterzeichnung kam jedoch schon der Pöbel des Deutschen Werkmeisterverbandes zum Vorschein, indem man gegen die Mitunterzeichnung des Deutschen Werkmeisterbundes Einspruch erhob. Erst als unsere Bezirksleitung dann auch ablehnte, den Tarifvertrag zu unterzeichnen, gab man nach. Sofort nach Abschluß des Meistertarifs zeigte eine gewaltige Hege gegen die, um mit Stegmaier zu reden, Arbeiterverbände ein. Überall wurde entgegen der Abmachung im Juni eine planmäßige Agitation mit dem neuen Meistertarif durch den Werkmeisterverband in Szene gesetzt. Durch große Verleumdungen wurde alles Mögliche und Unmögliche in den Werkmeisterverband hineingebracht, so daß die Textilarbeiterverbände und die vernünftigen Meister voraussahen, daß eine solche Agitationsmethode tödlicher zum Zusammenbruch für den Vorkämpfer führen würde. Aus diesem Grunde haben wir damals nicht schärfer zugegriffen.

Wenn in dem Artikel in der Werkmeisterzeitung eine lange Litanei über den Gaukelei Steinbrink vom Deutschen Textilarbeiterverband steht und dann in einem kurzen Satz darunter, daß die Führer vom christlichen Textilarbeiterverband dieselbe Ansicht vertreten, so ist das direkt wider besseres Wissen und bitten wir um Verzeihung. Unsere Bezirksleitung hat überall auch die ethischen Interessen der Meister vertreten und gefördert, den Feindern die Stellung einzuräumen, die denselben infolge ihrer Leistung innerhalb der Produktion zusteht. Wenn es galt, die Lohnverhältnisse der Meister zu regeln, stand unsere Bezirksleitung an erster Stelle. Das ergibt sich ganz klar aus den Verhandlungsprotokollen. Wir waren ja auch in der Lohnfrage nicht durch den Angestelltenvertrag eingeengt, sondern konnten zu jeder Zeit frei handeln.

Macht um Macht

heißt die Parole, die von den Schafmachern im Lager der deutschen Textilindustriellen ausgegeben worden ist. Die Öffentlichkeit muß in den nächsten Wochen erleben, daß das Wort Arbeiter-solidarität keine leere Phrase ist, sondern ein Wort von echtem Klang und vollem Inhalt. Jedes Mitglied tritt am wirkungsvollsten ein für die Wahrung der Arbeiterrechte durch Stärkung des Kampffonds unseres Verbandes.

Zum Beispiel schlugen die Arbeitgeber regelmäßig den Meistern dieselbe Lohnhöhung vor, welche sie den Angestellten bemittelt hatten. Diese Sätze war Stegmaier stets gewillt anzunehmen. Von den Textilarbeiterverbänden mußten dieselben als zu gering abgelehnt werden, so auch in einer Verhandlung am 21. 11. 21. In einer erneuten Verhandlung am 28. 11. 21, an der Stegmaier vom Deutschen Werkmeisterverband nicht teilnahm, wurden für die Meister wesentlich höhere Lohnsätze durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen herausgeholt. Dieses Spiel wiederholte sich bei jeder Verhandlung bis zu der Lohnverhandlung für Februar-März 1922. Die Arbeitgeber boten wieder prozentual dieselbe Erhöhung an wie beim Angestelltenvertrag, welche niedriger war als die für Februar-März in der Werkmeisterzeitung genannte. Wieder wurden die Sätze als zu gering von den Arbeiterorganisationen abgelehnt, obwohl der D. W. B. bereit war, die angebotenen niedrigeren Sätze anzunehmen. Am Schlichtungsausschuß Varmen wurde vom Vorsitzenden der Vergleichsvorschlag gemacht, die Lohnsätze der Meistergruppen 1 und 2 um je M. 100, der Gruppe 3 um M. 150 zu erhöhen. Die Arbeitnehmervertreter waren sich einig, einen solchen Schiedspruch anzunehmen. Der Schiedspruch brachte jedoch keine Erhöhung der Grundlöhne, sondern wollte die obigen Sätze als eine einmalige Zulage für März geben. Daraufhin lehnte unser Bezirksleiter im Auftrage sämtlicher Arbeitnehmervertreter den Schiedspruch ab, weil die obengenannten Sätze nicht als Erhöhung des Grundlohnes gelten sollten.

Am anderen Tage erklärte der D. W. B. für den 29. 3. den Streik, ohne zuvor mit den anderen ertragsschließenden Organisationen Führung genommen zu haben. Es wurde beschlossen, am Morgen des 29. 3. in aller Firmen vorstellung zu werden mit der Forderung, in Zukunft nach dem Angestelltenvertrag entlohnt zu werden, also durch Streik die Meister zu Angestellten zu machen. Wenn hierzu entschuldigend im Artikel gesagt wird, daß der Werkmeisterverband 96% der Meister im rechtsrheinischen Bezirk erfaßt, so grenzt das, gelinde gesagt, an Größenwahn.

Als in der Streikversammlung am 30. 3. sich die Vertreter der beiden Textilarbeiterverbände mit dem Werkmeisterverband solidarisch erklärten, so geschah das von uns in der Voraussetzung, daß es nur ein Lohnkampf sei. Die Forderung, nach dem Angestelltenvertrag entlohnt zu werden, konnten die Textilarbeiterverbände niemals aufstellen und vertreten; dieselbe wurde auch vom D. W. B. bestritten.

In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie aus Anlaß der Lohnverhandlungen für April wurde den Textilarbeiterverbänden die Frage gestellt, ob sie den unter Karlsruher vom D. W. B. angenommenen Streik der Textilarbeiter um das Angestelltenverhältnis unterstützen wollten. Die Arbeitnehmerorganisationen erklärten, für sie sei der Streik nur ein Lohnkampf. Von Arbeitgeberseite wurde erklärt, daß in allen Betrieben das Angestelltenverhältnis gefördert werden sei. Von den Arbeitgebern wurde zugesagt, in der Lohnfrage den Meistern die Sätze auf den Grundlohn zu zahlen, welche der Schlichtungsausschuß als eine einmalige Zulage geben wollte.

Es drehte sich also nicht darum, wie es in dem Artikel heißt, den Deutschen Werkmeisterverband kaputt zu machen oder seinem Führer das Rückgrat zu brechen, sondern es handelte sich darum, die ganze Angelegenheit wieder auf eine für die Textilarbeiterverbände annehmbare Rechtsgrundlage zu stellen. Wenn die Forderung, nach dem Angestelltenvertrag entlohnt zu werden, auf den Grundlohn gelegt worden wären. Das ist auch dem D. W. B. mitgeteilt worden. Aber entweder hätte derselbe seinen streikenden Mitgliedern zu viel versprochen, oder er glaubte allein stark genug zu sein, den Streik ohne die Solidarität der Arbeitererschaft führen zu können, sonst ist kein Standpunkt weiter zu freieren, wenn es nicht um das Angestelltenverhältnis ging, nicht zu verstehen. Oder hätte man nicht den Mut, den Meistern die Wahrheit zu sagen? Wenn die Mitglieder des D. W. B. erkannt hätten, wie systematisch die Dinge durch den D. W. B. verschleiert wurden, sie wären vielleicht fröhlich geworden. Nur aus Stolz, die Wahrheit könnte gesagt werden, ließ man die Führer der Textilarbeiterverbände in der letzten Streikversammlung nicht zu Wort kommen. Man fürchtete wohl, daß sie etwas klarer wie Herr Stegmaier den anwesenden Meistern die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband auseinandergesetzt hätten. Man fürchtete, die Dinge würden so hingeholt, wie sie wirklich lagen.

So kam denn, was kommen mußte. Der Streik wurde vom D. W. B. abgelehnt. Der Schluß dieses Kampfes, in dem die Meister und Arbeiter für nichts gewaltige Opfer durch Lohnausfälle gebracht haben, war für den Deutschen Werkmeisterverband so niederträchtig, wie wir kaum jemals etwas erlebt haben. Wenn der D. W. B. seine Mitglieder nicht über den wirklichen Ausgang des Kampfes in Unkenntnis lassen will, dann mag er doch einmal das Protokoll über die Schlichtungsverhandlungen vom 26. 4. 22 im Wortlaut in seiner Zeitung veröffentlichen. Das würde zweifellos zur Klärung beitragen und er hätte dann nicht unwürdig, über unseren Bezirksleiter Dinge zu verbreiten, die nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn am 1. April unser Bezirksleiter Beschäftigten in einer Versammlung gesagt hat, daß 600.- M. bei den Verhandlungen herausgeholt ist, so war das für ihn selbstverständlich das höchste was herausgeholt werden konnte. Das war der Betrag, den sämtliche Textilarbeiter über 20 Jahre für den Monat April als Lohnzulage erhielten. Er hat aber keineswegs gesagt, daß dieser Satz das höchste darstellte, was bei einer Verhandlung herausgeholt werden konnte.

Dann verweigert der Artikel in bekannter demagogischer Weise, daß die Verhandlung über die Meisterlöhne nicht am 1. April, sondern am 25. April stattgefunden hat und daß in der demagogischen Zeit durch den Arbeiterverband für die Textilarbeiterverbände noch wesentliche Lohnhöhungen herausgeholt worden sind, die selbstverständlich den Meistern nicht zurückhalten werden konnten. Er verweigert ferner, daß durch einen besonderen Vorstoß der Vertreter der Textilarbeiterverbände noch eine Erhöhung für die Hilfsmeister in der Verhandlung am 25. 4. herausgeholt wurde.

Wenn wir vom D. W. B. von bekannter demagogischer Weise reden, führen wir als Beweis für diese unsere Behauptung die einzelnen Sätze der Verhandlungsprotokolle vom 26. 4. und 22. 5. 22 an.

Nach dieser unserer Schilderung überlassen wir es der Öffentlichkeit, selbst zu beurteilen, wie die Dinge beim Meisterstreik gelegen haben. Jedoch ist noch interessant festzustellen, daß der Werkmeisterverband, welcher dem Arbeiterverband angeschlossen ist, also auf sozialistischem Boden steht, in seiner Führung alle Unterschiede zwischen Arbeiter und Angestellte beseitigen möchte, sich gegen alle Tradition seiner ehrsüchtigen Meisterinteressen aufspielt.

Am 30. Juni 1922 läuft der Meistertarif ab. Laut Protokoll vom 26. 4. 22 werden die Meisterlöhne in Zukunft in der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie geregelt. Die Bezirksleitung unseres Verbandes wird bei diesen Verhandlungen nach wie vor alles daran setzen, die Interessen der in der Textilindustrie beschäftigten Meister zu vertreten. Wir haben die Hoffnung, daß der gesunde Sinn der Textilarbeitererschaft, trotz allem Känkepiel des D. W. B. baldigst erkennen wird, wo ihre wahre Interessenvertretung zu finden ist.

Die Bezirksleitung Varmen des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Schirgiswalde. Am Sonntag, den 25. Juni, tagte im Gasthaus zu den Lauben in Schirgiswalde eine Konferenz der Betriebsräte und Ortsgruppenfunktionäre unseres Verbandes. Die Konferenz beschäftigte sich in der Hauptsache mit der gegenwärtigen Lage in der deutschen Textilindustrie, betreffs des Anschlages der Arbeitgeber auf die 46-stündige Arbeitswoche. Nach eingehenden Beratungen wurde beschlossen, zur Stärkung des Kampffonds vom 1. Juli ab von allen Mitgliedern einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag für unseren Verband zu erheben, außerdem sollen von jedem Mitglied vier Extrabeiträge in Höhe eines Stundenverdienstes erhoben werden. Die Festsetzung der Beitragssätze ist gemeinsam mit dem Deutschen Textilarbeiterverband (Frikale Kirchau-Sunowalder) erfolgt. Für 46-stündigen Arbeitswoche wurde von der Konferenz folgende Zuschlagung einstimmig angenommen:

Die heute im Restaurant zu den Lauben in Schirgiswalde versammelten Betriebsräte und Ortsgruppenfunktionäre des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter, Bezirk Schirgiswalde, weisen den Anschlag der deutschen Textilarbeiter auf die 46-stündige Arbeitswoche und damit auf den freien Sonnabend-Nachmittag mit Entrüstung zurück. Nahezu 70 Prozent der gesamten Textilarbeitererschaft besteht aus weiblichen Arbeitern, darunter ein großer Prozentsatz verheirateter Frauen. Eine verlängerte Arbeitszeit bzw. Wegfall des freien Sonnabend-Nachmittages in der Textilindustrie würde ein Verbrechen am Volkswohl, für das Familienleben und die Kindererziehung bedeuten. Die christlich organisierte Arbeitererschaft verlangt als Stand genau wie alle anderen Stände an den kulturellen Errungenschaften gleichwertig teilzunehmen. Sie ist nicht gewillt, ihre bisherigen Rechte schmälern zu lassen und wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung der 46-stündigen Arbeitswoche eintreten. Wir sind bereit, am Wiederaufbau der Volkswirtschaft mitzuwirken. Dies kann aber nicht geschehen durch eine verlängerte Arbeitszeit, wo auf der anderen Seite noch tausende Textilarbeiterinnen stillstehen und die technischen Möglichkeiten bei weitem nicht ausgenutzt werden. Die im Zentralverband Christlicher Textilarbeiter organisierten Arbeiter stehen deshalb fest und entschlossen hinter dem Beschluß des Zentralverbandes und erwarten von diesem die erforderlichen Maßnahmen hierzu.

Des weiteren nahm auch die Konferenz zur Abtrennung von Oberjohle Stellung. Sie erblickt darin einen schweren Verlust für die deutsche Volkswirtschaft. Als Zeichen der Trauer erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten geregelt wurden, fand die Konferenz ihr Ende.

Waldorf. Unsere Ortsgruppe hielt am 27. 6. ihre Mitgliederversammlung ab, welche einen ausgezeichneten Verlauf aufweisen konnte. Nach Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden Kollegen A. H. A. u. u. und Erledigung einiger gewöhnlicher Sachen referierte Kollege Seidberg - Jirau über: "Der drohende Kampf in der deutschen Textilindustrie". In scharfen aber faßlichen Worten geißelte der Redner das Verhalten des unsozialen Arbeitgebervertrages. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und kann und wird nicht ohne Einfluß auf Gesundheit, Familienleben und Kindererziehung bleiben, indem 70% aller Textilarbeiter Frauen sind. Die Verkürzung der Arbeitszeit und damit der Arbeitslohn ist eine alte Forderung unserer christlichen Gewerkschaften, und schon aus diesem Grunde muß ein derartiges Vorgehen abgelehnt werden.

Aus der weiteren Ausführungen des Redners war zu ersehen, daß es sich hier nicht nur um die Arbeitszeit allein handelt, sondern hinter der Arbeitszeit stehen unsere Ferien, die Lohnfrage, das Recht unserer Betriebsräte und anderes mehr. Also nicht nur um die Arbeitszeit geht es, sondern hier handelt es sich um alle unsere Rechte. Aus seinen Ausführungen ging noch hervor, daß auch unser Verband gewillt und entschlossen ist, diese Rechte der Arbeitererschaft gegenwärtig und für die Zukunft zu verteidigen.

Es wird nun an der Arbeitererschaft liegen, die Abwehrmaßnahmen, die seitens unserer Führer des Verbandes getroffen sind, mit allen Mitteln zu unterstützen. Erwähnt sei nur scharfe Durchführung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag, Stärkung unseres Kampffonds ujm. Der reiche Beifall am Schluß des Vortrages legte Zeugnis ab, daß der Redner von den Anwesenden richtig verstanden wurde.

In der darauffolgenden regen Ansprache trat klar zu Tage, daß man nicht gewillt ist, die erworbenen Rechte wieder fallen zu lassen, sondern den Anschlag der Arbeitgeberverbände mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln vereiteln will. Unter Punkt Verschiedenes wurde a. a. ein Ausflug nach dem Hainberg in Ebersbach beschlossen.

In einem Schlusssatz, welches Kollege Tannert hielt, erwähnte er mit flammenden Worten die Mitglieder, in dieser ersten Zeit seher denn je zusammenzuhalten in

ihrem Verbande. Nur auf diesem Wege sei eine Verbesserung der Lage der deutschen Textilarbeitererschaft möglich. Hierauf schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

† Sterbetafel. †

Name	Ort	Alter
Bernhard Mäter	Laer	57 Jahre
Frau Holleg	Forst	23 "
Frau Ebert	Gredex	23 "
Gerhard Wienen	Debt	72 "
Johannes Ebermann	Sagen	42 "
Bertrud Brenger	Rheine	16 "
Friedrich Groß	Höfstein	61 "
Helene Hicking	Werben	24 "
Georg Scheiber	Otterberg	23 "
Bertrud Klinsma	Bronau	20 "
Paul Birkenfeld	Düren	32 "
Wilhelm Mücken	Bocholt	39 "
Kilbert Meendermann	Gildehaus	47 "
Johann Kellner	Lobberich	63 "
Rosa Weisenberger	Erzingen	36 "
Johann Meier	W. Gladbach	52 "
Johann Nießen	Nachen	53 "
Peter van Straeten	Nieukert	75 "
Meinrad Thoma	Lobtau	67 "
Kathild Berstegen	Boisheim	22 "
Wilhelm Weber	Kollnar	62 "
Gustav Borniep	Varmen	62 "
Friedrich Hünge	Waldhorn	19 "
Wilme Albert Spieder	Varmen	61 "
Elise Schulze	Kerfen	35 "
Mina Franke	Varmen	60 "
Ferdinand Rabanns	Varmen	38 "
Anton Kemper	Breden	27 "
Gustav Beders	St. Tonia	68 "
Wilhelm Bollesen	Lobberich	83 "
Karl Böb	Eberfeld	51 "
Ernst Müller	Säckingen	61 "
Andreas Rosenwirth	Ungsburg	25 "
August Grande	Neustadt	70 "
Wilhelm Hoop	Düren	28 "
Wilhelm Büß	Engelskirchen	69 "
Heinrich Hegholz	Breyell	62 "
Theresa Weimann	Reichershausen	65 "
Hermann Pfaff	Greiz	69 "
Kunigunde Püllen	Gieskirchen	20 "
Hermann Donkels	Kerfen	72 "
Franz Weber	Schirgiswalde	59 "
Fridolin Albiez	Säckingen	53 "
Franz Nolte	Uppelshausen	17 "
Franz Ginzler	Blumenthal	39 "
Wilhelm Seifert	Kuchen	62 "
Katharina Jiegler	Kolbermoor	73 "
Josef Meier	Kolbermoor	63 "
Ernst Albricht	Reichersdorf	57 "
Emma Wäch	Spelberg	18 "
Ernstine Renner	Landeshut	61 "
Martin Radenbach	Landeshut	61 "
Adam Bohl	Landeshut	69 "
Franz Heidusch	Hainich	60 "
Anna Peters	Oberbruch	19 "
Dorothea Hofmann	Eversberg	21 "
Hubert Keilhauer	Nachen	29 "
Heinrich Kerver	Gronau	39 "
Arnold Lang	Ungsburg	52 "
Viktoria Heinle	Ungsburg	40 "
Frau Bräuning	Bocholt	32 "
Josef Dittmann	Landeshut	62 "
Anna Franke	Reichersbach Schl.	69 "
Josef Blum	W. Gladbach	51 "
Franz Gansel	Landeshut	76 "
Ernst Gersch	Laupan	70 "
Frau Theresie Marx	Brombach	36 "

Besondere Bekanntmachungen.

- Adressenänderungen.**
Bezirk Bayern.
 Kolbermoor: Dorf, Josef Hamberger, Ractstr. 2
Bezirk Westfalen.
 Rheide: Rast. Herm. Gants, Gartenstr. 5.
Bezirk Baden.
 Arlen: Dorf, Johann Riebler, Klaffeningen Bez. Konstanz.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Idee der Generalauspeicherung. — Die Freiheit, die sie meinen. — Zur Arbeitszeitfrage. — Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. — Reife Verantwortungsgelüste, ihr Allen! — Allgemeine Monatschau: Das Gegenteil ist wahr! — Jubelziffer im Monat Juni 3779. — Die rückständige Arbeitslohnung aus der Zeit der englischen Kriegsgefangenschaft. — Die Wahrheit über die letzte Lohnhöhung im Kohlenbergbau. — Festschung der Lohnsätze. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Befugnisse der Betriebsräte. — Aus unserer Industrie: Beilegung des Konflikts zwischen den Wolleverbänden und ihren Abnehmern. — Wettbewerb des Auslandes in der Baumwollindustrie. — Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung: Sozialdemokratischer Terror in Oberösterreich. — Aus unserer Bewegung: Nachkänge zum Textilarbeiterstreik im rechtsrheinischen Bezirk. — Berichte aus den Ortsgruppen: Schirgiswalde. — Waldorf. — Sterbetafel. — Besondere Bekanntmachungen.
 Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller.
 Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.